

10. Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene

Parlamentarische Initiative Diego Bonato (SVP, Aesch), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) vom 31. Mai 2021

KR-Nr. 211/2021

Diego Bonato (SVP, Aesch): Zu dieser PI braucht es jetzt keinen Vorlauf mehr. Die PI 211/2021, Vermerk voraussehbarer gebundene Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene, steht im Zusammenhang mit dem Anliegen der SVP, eine verbesserte Transparenz bei gebundenen Ausgaben zu schaffen.

Die voraussehbaren Ausgaben, die gebunden sind, die gibt es auch beim Budget. Dem Empfänger des Budgets dies offen zu legen, ist ein schlichtes, aber wesentliches Anliegen. Dies wird mit dieser PI aufgenommen. Die in allen Gemeinden bestehende Kreditkontrolle von Ausgaben ist hier die perfekte Basis für die Umsetzung der PI. Man muss sich nun noch vor Augen führen, dass in Paragraph 99 des Gemeindegesetzes bereits jetzt festgehalten ist, dass im Budget ein Sperrvermerk aufgenommen werden muss für alle voraussehbaren Ausgaben, für die die Bewilligung der Stimmberechtigten noch aussteht. Als Nächstes muss man sich vor Augen führen, dass dieser Sperrvermerk in der Praxis in vielen Gemeinden mit einem Anhang zum Budget gelöst wird. In diesem Anhang zum Budget listen diese Gemeinden die Kredite der Kreditkontrolle auf und bezeichnen diejenigen, die noch nicht bewilligt sind, eben der Sperrvermerk. Längst nicht alle Gemeinden führen nun aber einen Anhang zum Budget. In der Jahresrechnung hingegen haben das natürlich bereits alle; kein Wunder, dort ist es ja auch obligatorisch. Bitte sehr, es ist nun nichts naheliegender, als ins Gesetz den Anhang zum Budget neu aufzunehmen und festzulegen, dass die Kreditkontrolle, die bereits überall vorhanden ist, in den Anhang aufzunehmen ist; dies für alle grösseren Kredite. Die kleineren Kredite unter der Kompetenzgrenze der Gemeindevorstände müssen nicht mitgelistet werden. Und bitte sehr, neben dem bereits obligatorischen Sperrvermerk zur Bewilligung kann nun einfach bei allen gebundene Ausgaben im Budget ein «Gebunden»-Vermerk aufgenommen werden. Bitte schauen Sie als Muster die Budgets der Stadt Illnau-Effretikon an, die dies praktiziert.

Und eine kleine Bemerkung noch zu den beiden Kantonsräten der Stadt Zürich, Frau L'Orange Seigo und Herr Markus Bischoff: Die kleinen Gemeinden haben das im IT-Bereich längstens im Griff und es ist überhaupt kein grösserer administrativer Aufwand damit verbunden, diese PI umzusetzen. Da unterschätzen Sie die Gemeinden auf dem Land sehr und stark. Alles leicht, nehmen Sie diese PI auch an.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Wer ist schon nicht für Transparenz! Transparenz ist die Grundlage für den Erfolg unseres politischen Systems. In der Begründung der parlamentarischen Initiative beklagen die Unterzeichner, dass das Budget, insbesondere, wenn es sich um gebundenen Ausgaben handelt, nicht

transparent sei. Dem können wir nicht zustimmen. Im Budget werden alle im Voraus planbaren Ausgaben, ob gebunden oder nicht, abgebildet. Des Weiteren schafft der Austausch mit den entsprechenden kritischen Fragen durch die RPK/GRPK weitere Transparenz. Und letztendlich sind Fragen an die Gemeindevorstände jederzeit möglich. Transparenz auf gesetzlichem Weg zu den schon bestehenden Möglichkeiten einzufordern, ist überflüssig.

Ich spreche noch zum nächsten Geschäft: Gegen das Verzeichnis mit der Auflistung aller von der Gemeindeversammlung beziehungsweise vom Gemeindeparlament beschlossenen Verpflichtungskredite, Budgetkredite und gebundenen Ausgabenbeschlüsse haben wir grundsätzlich nichts. Wir stellen uns jedoch sehr berechtigt die Frage: Müssen wir wirklich die Gemeindeautonomie weiter untergraben? Soll nicht jede Gemeinde für sich entscheiden dürfen, wie sie ihr Budget erstellen will? Sollte eine Gemeinde das Bedürfnis haben, ein solches Verzeichnis für die Bevölkerung erstellen zu lassen, so könnte man dies sicherlich über einen einfacheren und gemeindeautonomen Weg einführen. Wir sehen keinen Bedarf, diese Ergänzung ins Gemeindegesetz aufzunehmen.

Noch zum Inhalt. Im Kommentar von Markus Rüssli (*Rechtsanwalt für Staats- und Verwaltungsrecht*) zum neuen Gemeindegesetz auf Seite 568 ist festgehalten: «Die Stimmberechtigten müssen die Möglichkeit haben, die Qualifikation der Ausgabe gerichtlich prüfen zu lassen. Die Öffentlichkeit ist daher über Beschluss zu gebundenen Ausgaben zu informieren. Die Information erfolgt über das amtliche Publikationsorgan der Gemeinde, das Internet oder die Medien.»

Die FDP-Fraktion wird die beiden PI nicht vorläufig unterstützen.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Ich spreche für dieses und das nächste Geschäft zusammen. Das Ziel der zweiten und dritten PI aus diesem Paket ist es ebenso, Transparenz herzustellen. Wir begrüßen einen «Gebundenen»-Vermerk und ein Verzeichnis mit Verpflichtungskrediten und Budgetkrediten mit Sperrvermerk. Die Verzeichnisse als Anhang zu Budget und Rechnung schaffen Transparenz für alle Instanzen, für die Exekutive selbst, für die Instanzen der Rechnungsprüfung, für das Parlament und für die Stimmberechtigten.

In nicht wenigen Gemeinden wird ein solches Verzeichnis bereits angehängt. Ich habe Rechnung und Budget der Stadt Zürich angeschaut und sehe, dass diese Vermerke sehr hilfreich sind für die Verständlichkeit. Als RPK-Mitglied erleichtert mir das meine Arbeit, und ich möchte die Informationen nicht als Publikation zu einem früheren Zeitpunkt suchen müssen, sondern sie in einem Dokument übersichtlich finden. Bemerkenswert ist ja, dass das Zürcher Handbuch Finanzhaushalt gerade diese Transparenz empfiehlt.

Der Aufwand kann und soll mit digitalen Mitteln im Rahmen gehalten werden. Jedem Geschäft können die entsprechenden Attribute ein für alle Mal zugeordnet werden, und damit ist die Sache erledigt. Wir unterstützen beide parlamentarischen Initiativen vorläufig.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 211/2021 stimmen 72 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.